

Plädoyer für soziale Krisenlösungen

Wiener Wirtschaftspräsident Raffer in der österreichischen Residenz

Von Marcus Christoph

Buenos Aires (AT/mc) – Gegen neoliberale Rezepte, stattdessen für sozial verträgliche Auswege aus Staatspleiten und Finanzkrisen sprach sich der Wiener Wirtschaftspräsident Dr. Kunibert Raffer aus. Der Ökonom, der auch eine Ehrenprofessur an der Nationaluniversität von Río Negro innehat, war vor wenigen Tagen in der Residenz der österreichischen Botschafterin Dr. Karin Proidl im Buenos Aires-Stadtteil Belgrano zu Gast, um seine heterodoxen Lösungsansätze zu erläutern.

Eines der Länder, die der Professor dabei unter die Lupe nahm, war Argentinien, für das er im aktuellen Schuldenstreit mit den sogenannten „Geierfonds“ Partei ergreift. Er beklagte, dass durch einige „zweifelhafte Gläubiger“ zahlreiche andere Gläubiger, die mit der Umschuldung einverstanden waren, „in Geiselschaft“ genommen würden.

Raffer monierte, dass es Finanzspekulantengeld gebe, die Anleihen von in Schieflage geratenen Staaten billig aufkauften, nur um später vor Gericht ziehen zu können, wie es der US-Geschäftsmann Paul Singer mit seinem Hedgefonds Elliott Management im Falle Argentiniens getan habe. Dieser hatte Argentinien in den USA auf die volle Auszahlung der Bonds verklagt und von dem New Yorker Richter Thomas Griesa Recht bekommen (wir berichteten).

Raffer kritisierte das Urteil Griesas, da dieses auf einer „ungewöhnlichen Auslegung“ der Pari-passu-Klausel beruhe. Der Richter hatte argumentiert, Argentinien müsse die Forderungen derjenigen Gläubiger, die auf voller Zahlung bestehen (Holdouts), ebenso bedienen wie die geringeren Forderungen der Umschuldungspartner. Der Wirtschaftspräsident meint hingegen, die Pari-passu-Klausel beziehe sich vor allem auf die (gleiche) Rangstellung der Gläubiger. Dies kommt der argentinischen Position entgegen, allen Gläubigern den gleichen Abschlag zuzugestehen.



Wirtschaftspräsident Dr. Kunibert Raffer

Des Weiteren erinnerte Raffer daran, dass nicht alle der betreffenden Staatsanleihen unter US-Recht emittiert wurden. Wenn also Griesa sich anschicke, Auszahlungen an Gläubiger außerhalb der USA zu untersagen, dann verstöße der Richter gegen die Verfassung seines eigenen Landes. Als Fazit kann Raffer nur ziehen: „Man sollte staatliche Anleihen nicht mehr unter US-Recht herausgeben.“

Die Auszahlung an die Holdouts gemäß dem Richterspruch hätte Argentinien im Vorjahr zudem in Gefahr gebracht, einen Betrag in dreistelliger Milliardenhöhe nachzahlen zu müssen. Denn gemäß der bei den einstigen Umschuldungen vereinbarten RUFO-Klausel (Rights Upon Future Offers) hätte Argentinien auch den Inhabern umgeschuldeter Anleihen den vollen Betrag nachzahlen müssen, hätte es an die Holdouts vollumfänglich gezahlt.

Das wäre schlechterdings nicht gegangen, so Raffer. Seit Jahresende ist die RUFO-Klausel nun jedoch abgelaufen.

Der Ökonom zweifelte an, dass sich Argentinien derzeit tatsächlich im Default-Zustand befindet, seit es im Juli vergangenen Jahres in Folge des Richterspruchs keine Auszahlungen mehr leisten durfte. Schließlich sei Argentinien bereit, vertragsgemäß an diejenigen zu zahlen, die die Schuldenschnitte der Umschuldungen der Jahre 2005 und 2010 akzeptiert hatten. Diese stellen 93 Prozent der privaten Gläubiger dar. Von daher könne man die Ansicht vertreten, Argentinien sei nicht wirklich zahlungsunfähig, so der Professor.

Angesichts des argentinischen Beispiels warb Raffer für die Schaffung eines internationalen Insolvenz- und Ausgleichsverfahrens für Staaten. Dabei müsse auch der Möglichkeit ein Riegel vorgeschoben werden, dass einige Gläubiger besser behandelt würden als andere.

Als ein Beispiel, wie man erfolgreich eine Finanzkrise überwinden könne, nannte Raffer Island, das 2008 nach

dem Zusammenbruch der großen Geschäftsbanken des Landes vor dem finanziellen Kollaps stand. Dabei war es dem Professor wichtig zu unterstreichen, dass die nordeuropäische Insel zur Überwindung der Krise nicht „Standardrezepte“ wie Einsparmaßnahmen anwendete, die vor allem die unteren Bevölkerungsschichten getroffen hätten. Stattdessen setzte die isländische Regierung auf Einführung bzw. Erhöhung der Vermögens- und Kapitalerwerbssteuern. Die unteren Schichten wurden lediglich durch eine sehr moderate Anhebung der Mehrwertsteuer an der finanziellen Sanierung beteiligt.

Das Rettungspaket, das auch die Gründung neuer Banken vorsah, wurde in Volksabstimmungen abgesegnet. Letztlich sei es dabei um so grundsätzliche Fragen gegangen, ob das Volk für die Fehler der Banken zahlen müsse, und wer letztlich wichtiger sei: der Kapitalmarkt oder die Demokratie?, so Raffer.

Möchten Sie mehr über die Zusammenhänge in der argentinischen und lateinamerikanischen Wirtschaft wissen?



In der neuen Online-Ausgabe des Argentinischen Tageblatts finden Sie Meinungsartikel unserer Wirtschaftsexperten.